

Positionspapier

Nachhaltigkeit

Katholische Jugend Österreich

Mai 2018

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	3
1.1. Theologische Grundlage.....	3
1.2. Aktuelle Staatlich-politische Grundlage	3
1.3. Jugend und Nachhaltigkeit	3
1.4. Aufbau des Papiers	4
2. Ökologische Nachhaltigkeit	4
2.1. Einleitung	4
2.2. Ressourcen- und Energieverbrauch	5
2.3. Ernährung.....	6
2.4. Mobilität	6
2.5. Entsorgung	7
3. Soziale Nachhaltigkeit	8
3.1. Einleitung	8
3.2. Wirtschaftlich-soziale Lage	8
3.3. Arbeit.....	9
3.4. Sensibilisierung für Schöpfungsverantwortung	10
3.5. Partizipation/Zivilgesellschaftliches Engagement	11
4. Ökonomische Nachhaltigkeit.....	12
4.1. Einleitung	12
4.2. Wirtschafts- und Sozialpolitik	13
4.3. Wirtschaftlich ethisches Handeln	14
4.4. Finanzsystem	15
4.5. Steuergerechtigkeit/Steuerflucht	15
5. Schlussbemerkung	16
6. Literaturverzeichnis	17

1. Einleitung

Das Positionspapier ist für den internen Gebrauch (Vorsitzende, ReferentInnen,...) als Orientierungsrahmen bestimmt. Es dient als Basis, um mit VerantwortungsträgerInnen in Kirche, Politik und Wirtschaft mit konkreten Anliegen und Forderungen ins Gespräch zu kommen, sowie als Grundstock für Presseaussendungen. Weiters hat das Abfassen zu einer organisationsinternen Selbstvergewisserung zum Thema „Nachhaltigkeit“ geführt.

1.1. Theologische Grundlage

In der ersten biblischen Schöpfungserzählung heißt es: *„Lasst uns Menschen machen als unser Bild, uns ähnlich! Sie sollen walten über die Fische des Meeres, über die Vögel des Himmels, über das Vieh, über die ganze Erde und über alle Kriechtier, die auf der Erde kriechen. Gott erschuf den Menschen als sein Bild; als Bild Gottes erschuf er ihn. Männlich und weiblich erschuf er sie. Dann sprach Gott: Siehe, ich gebe euch alles Gewächs, das Samen bildet auf der ganzen Erde, und alle Bäume, die Früchte tragen mit Samen darin. Euch sollen sie zur Nahrung dienen.“* (Gen 1,26-29)

Diese biblische Grundlegung macht deutlich, dass dem Menschen eine umfassende Verantwortung für die Welt zukommt. Der Herrschaftsauftrag zeigt sich bei genauerem Hinsehen als Bewahrungsauftrag. Den Menschen ist es aufgegeben, die Schöpfung zu kultivieren und achtsam für sie Sorge zu tragen. Jeder Mensch muss bei allem, was er tut oder lässt, das Wohl der Menschheit und seiner Schöpfungsgeschwister in der Gegenwart und in der Zukunft im Blick haben.

In seiner Enzyklika „Laudato Si“ (im Folgenden: LS) bringt Papst Franziskus seine große Sorge um die Welt zum Ausdruck. Er betont darin, dass es nicht zwei Krisen nebeneinander gibt – eine der Umwelt und eine der Gesellschaft – sondern eine einzige und komplexe sozio-ökologische Krise. Daher braucht es eine Politik, deren Denken und Handeln einen ganzheitlichen mehrdimensionalen Ansatz verfolgt (vgl. Papst Franziskus 2015). Des Weiteren zeigen die von den österreichischen Bischöfen 2015 verabschiedeten Ökologie-Strategien (siehe Infobox), dass schöpfungsverantwortliches Handeln eine immer größere Bedeutung erlangt (vgl. Bischofskonferenz 2015).

Beschlüsse zu Ökologie-Projekten der österreichischen Bischofskonferenz am 11. November 2015

- Die österreichischen Diözesen haben bis 2017 eine Klimaschutz- und Energiestrategie und die dazugehörigen Umsetzungspläne entwickelt.
- Alle Diözesen verpflichten sich zur Einhaltung von ökosozialen Mindeststandards in der Beschaffung: regionaler Einkauf, faire Produktion, keine Kinderarbeit.

Wir als Christinnen und Christen nehmen diesen herausfordernden Ruf in die Verantwortung ernst und sehen die dringende Notwendigkeit eines umfassenden Wandels hin zu einer gerechten und nachhaltigen Welt. Dafür braucht es eine umfassende Transformation von wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen, weg von der Ausbeutung von Mensch und Natur, von grenzenlosem Profit- und Wachstumsstreben sowie Konkurrenz.

1.2. Aktuelle Staatlich-politische Grundlage

2015 verabschiedeten die Vereinten Nationen (UN) die sogenannten „Nachhaltigkeitsziele“. Sie vereinen 17 ökologische, soziale und wirtschaftliche Ziele und beinhalten jeweils auch Unterziele. Die Nachhaltigkeitsziele wurden in einem breiten zweijährigen Prozess unter Einbeziehung der Wissenschaft, der Zivilgesellschaft sowie der Privatwirtschaft entwickelt (vgl. Welthungerhilfe 2015).

Die fehlenden rechtlichen Sanktionsmechanismen und der mangelnde politische Umsetzungswille in den einzelnen Ländern verhindern jedoch wirkliche Fortschritte in diesem Bereich. Die österreichische Steuerreform 2015 enthält zum Beispiel wenige Überlegungen zur Förderung ökologischen Verhaltens. (vgl. Kleine Zeitung 2015).

1.3. Jugend und Nachhaltigkeit

„Wenn es um Nachhaltigkeit geht, drängt sich eine gesonderte Betrachtung der Jugend geradezu auf. Das Konzept der Nachhaltigkeit stellt die Frage nach der Zukunft, in der wir leben wollen. Und die Orientierung an der Zukunft sowie der Wunsch, diese selbst zu gestalten, ist ein wesentliches Merkmal der Jugend. Zugleich wird Jugend mit dem Anspruch der Erwachsenen konfrontiert, die gesellschaftliche Ordnung zu bewahren und weiterzutragen. Unter diesem

doppelten Bezug lässt sich das Thema Nachhaltigkeit auch als eine Frage nach der Generationengerechtigkeit betrachten." (Tully, Krug 2011: 12).

Im Sommer 2015 haben Jugendliche im Rahmen eines Fragebogens der Katholischen Jugend ihre Meinung zur sozialen und ökologischen Zukunft geäußert. Auch hier wurde deutlich, dass Jugendliche neben dem Wahrnehmen der persönlichen Verantwortung vor allem entsprechende politische Maßnahmen fordern. Aufbauend auf einem vielschichtigen interdiözesanen Dialog sowie den Rückmeldungen der befragten Jugendlichen hat die Katholische Jugend Positionen und Visionen ausgearbeitet, die zu einer ökologisch und sozial nachhaltigen Gesellschaft beitragen sollen. Diese Positionen dienen als Grundlage für die Arbeit der Katholischen Jugend Österreich.

1.4. Aufbau des Papiers

Für die Beschreibung der notwendigen Prozesse hin zu einer grundlegenden sozio-ökologischen Transformation werden verschiedene Begriffe verwendet. Nachhaltigkeit, Zukunftsfähigkeit, Einzeltauglichkeit und Generationengerechtigkeit sind die gängigsten unter ihnen. Obwohl der Begriff Nachhaltigkeit oft als schwammig, wenig konkret oder unehrlich bezeichnet wird (vgl. Schäfer 2013), ist er doch, vor allem auch unter Jugendlichen, das häufigste Synonym bei der Beschreibung der Prozesse hin zu einer lebenswerten Zukunft für alle. Im vorliegenden Positionspapier wird daher dieser Begriff verwendet.

Vor dem Hintergrund des mehrdimensionalen Charakters des Konzepts der Nachhaltigkeit werden Ökonomie, Soziales und Ökologie immer zusammengedacht. In diesem Papier finden sich die Standpunkte der Katholischen Jugend Österreich zu einzelnen Bereichen der Nachhaltigkeit.

Zur einfacheren Strukturierung des vorliegenden Positionspapiers haben wir diese Bereiche getrennt angeführt. Für jeden Bereich wurden für Jugendliche relevante Themen ausgewählt und wie folgt behandelt:

Ausgangslage: Hier erfolgt eine kurze Analyse der aktuellen Situation, die es aus unserer Sicht zu ändern gilt.

Vision: Wir unternehmen eine Zeitreise in die Zukunft und beschreiben einen Zustand, den es zu erreichen gilt.

Positionen: Auf dem Weg hin zu diesem Zustand bedarf es zahlreicher Zwischenschritte, die von EntscheidungsträgerInnen in Politik und Wirtschaft gesetzt werden müssen. Unsere Standpunkte zu diesen Zwischenschritten finden sich hier.

Für eine ökologisch und sozial nachhaltige Gesellschaft braucht es Veränderungen auf mehreren Ebenen, sowohl auf politischer/wirtschaftlicher Ebene durch Gesetze, Regulierungen oder Anreize, als auch in der Gesellschaft. Dies setzt bewusstseinsbildende Maßnahmen für Herausforderungen bzw. Lösungsansätze vor. Diesbezügliche Positionen finden sich gesammelt im Abschnitt „3.4 Sensibilisierung für Schöpfungsverantwortung“.

2. Ökologische Nachhaltigkeit

„Die Umwelt ist ein kollektives Gut, ein Erbe der gesamten Menschheit und eine Verantwortung für alle. Wenn sich jemand etwas aneignet, dann nur, um es zum Wohl aller zu verwalten.“ (Papst Franziskus, LS 87)

2.1. Einleitung

Weltweite Entwicklungen wie Klimaerwärmung, Verringerung der Artenvielfalt und Mangel an sauberem Trinkwasser zeigen, dass die Menschheit ihre Schöpfungsverantwortung zu wenig wahrnimmt. Die Belastung und Gefährdung der Umwelt hat ein Ausmaß erreicht, das ein grundsätzliches Gegensteuern durch einen nachhaltigen Umgang mit der Natur unabdingbar macht.

Ökologische Nachhaltigkeit bedeutet einen langfristigen und rücksichtsvollen Umgang mit natürlichen Ressourcen wie Boden, Wasser und Luft. Dies ist dann gewährleistet, wenn sich die Ökosysteme in einem Gleichgewicht befinden. Wird die ökologische Dimension der Nachhaltigkeit vernachlässigt, kommt es zu einer unwiderruflichen Zerstörung bestimmter Ressourcen (vgl. Lexikon der Nachhaltigkeit 2015).

Ökologische Nachhaltigkeit kann anhand folgender Strategien analysiert werden:

Suffizienz (Genügsamkeit): Unter diesem Aspekt wird die allgemeine Reduktion des Verbrauchs an natürlichen Ressourcen und Energie verstanden. Dabei geht es um Veränderung von Wertvorstellungen und Bedürfnissen.

Effizienz (Wirksamkeit): Durch intensivere Nutzung sollen Ressourcen- und Energieproduktivität gesteigert werden, sodass bei gleichbleibendem Mitteleinsatz der Output erhöht wird.

Konsistenz (Kreislaufwirtschaft): Die Konsistenz-Strategie orientiert sich an natürlichen Stoffwechselkreisläufen bzw. der Rückführbarkeit der Stoffe in die Natur. Alle (wirtschaftlichen) Tätigkeiten werden so gestaltet, dass sie sich mittelfristig in natürliche Kreisläufe einfügen können (vgl. Minge 2017).

Um auch zukünftigen Generationen einen lebenswerten Planeten zu hinterlassen, sieht die Katholische Jugend im ökologischen Bereich vor allem folgende Handlungsfelder:

2.2. Ressourcen- und Energieverbrauch

Ausgangslage

Der weltweite wirtschaftliche Aufschwung seit dem 2. Weltkrieg hat zu materiellem Wohlstand, aber auch zu enormen Umweltbelastungen geführt. Seit den 1970er-Jahren werden mehr natürliche Ressourcen beansprucht, als uns die Erde in gleicher Zeit wieder zur Verfügung stellen kann. Der Ressourcenerschöpfungstag - der Tag, an dem die für das jeweilige Jahr zur Verfügung stehenden Ressourcen für Österreich gänzlich aufgebraucht sind - findet jedes Jahr früher statt. 2016 war es der 17. April (vgl. Plattform Footprint 2016).

Ca. 20 Hektar (= Größe von ca. 10 Fußballfeldern) größtenteils fruchtbaren Bodens gehen in Österreich täglich durch Verkehr, Industrie, Wirtschaft, Freizeit und Wohnraum auf Dauer verloren und stehen dadurch nicht mehr dem Naturraum zur Verfügung (vgl. Umweltbundesamt 2015).

Umweltschädliche, nicht erneuerbare Energiequellen werden nach wie vor umfassend gefördert (vgl. heizenmitoel.at 2017), gleichzeitig haben alternative Energiequellen wie Windkraft, Wasserkraft und Sonnenenergie noch immer eine viel zu geringe Bedeutung. Diese sind unter Berücksichtigung sozialer, ökologischer und ökonomischer Gesichtspunkte einzusetzen.

Visionen 2050

„Genügsamkeit bedeutet nicht weniger Leben, sie bedeutet nicht geringere Intensität, sondern ganz das Gegenteil. In Wirklichkeit kosten diejenigen jeden einzelnen Moment mehr aus und erleben ihn besser, die aufhören, auf der ständigen Suche nach dem, was sie nicht haben, hier und da und dort etwas aufzupicken [...]“ (Papst Franziskus, LS 197)

Im Jahr 2050 sind die von Papst Franziskus im Jahr 2015 formulierten Gedanken zu einer sozial-ökologischen Transformation (Umgestaltung) Realität geworden:

Suffizienz – Genügsamkeit: Den Gedanken von Papst Franziskus folgend liegt durch ein höheres Maß an Genügsamkeit und damit verbunden geringerem Ressourcenverbrauch die persönliche Lebensqualität auf einem hohen Niveau. Zeit für die vielen anderen Dinge im Leben ist frei.

Effizienz – gemeinsam nutzen: Die gemeinschaftliche Nutzung von Gütern und Objekten in der Gesellschaft nimmt weiter zu (Car-Sharing, gemeinschaftliches Wohnen). Neben den damit erzielten Ressourcen- und Energieeinsparungen werden die notwendigen finanziellen Ausgaben gesenkt.

Konsistenz – Forschung/Entwicklung: Die Menge an Ressourcen, die wir trotz aller vorangegangenen Anstrengungen verbrauchen, stammen aus nachwachsenden, sich regenerierenden Energiequellen.

Positionen zum Umgang mit Ressourcen- und Energieverbrauch

Die Katholische Jugend fordert den Gesetzgeber auf, steuerpolitische und gesetzliche Maßnahmen zur Förderung energie- und ressourcenschonender Produktions- und Konsummuster zu treffen.

Damit die technischen Voraussetzungen für einen möglichst sparsamen, effizienten und nachhaltigen Energie- und Ressourceneinsatz gewährleistet sind, fordert die Katholische Jugend verstärkte Forschung und Entwicklung in den Bereichen nachhaltige Energiegewinnung, -speicherung und -verbrauch.

Um den allgemeinen Energie- und Ressourcenverbrauch möglichst gering zu halten und gleichzeitig auch den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft zu stärken, fordert die Katholische Jugend von Politik und Gesellschaft die tatkräftige finanzielle, administrative und rechtliche Unterstützung von Initiativen zur gemeinsamen Nutzung von Gütern.

2.3. Ernährung

Ausgangslage

Aufgrund vielschichtiger Ursachen ist eine Entfremdung der Gesellschaft von der Lebensmittelproduktion wahrzunehmen. Diese wirkt sich auch auf das Konsumverhalten von Jugendlichen aus. Lebensmittel sollen vielfach günstig und bequem zu beziehen sein, die Qualität, Saisonalität, Regionalität, Solidarität und ökologische Verträglichkeit spielt dabei oft nur eine geringe Rolle. Das hat Auswirkungen auf Umwelt, Menschen und Tiere:

Bei der Produktion von einem Kilogramm Rindfleisch werden 6,5 kg CO₂-Emissionen freigesetzt. Der durchschnittliche Fleischverzehr in Österreich beträgt ca. 97 kg/Person/Jahr. Dafür müssen pro Jahr knapp eine Mio. Nutztiere geschlachtet werden (vgl. Statistik Austria 2016b). Ein Kilogramm Obst verursacht dagegen 0,5 kg CO₂, ein Kilogramm Gemüse 150 g CO₂.

20 % aller Transportwege in Österreich entfallen auf Lebensmittel (vgl. Ebner-Pladerer, Elpons 2016). Würden 10 % mehr heimische Lebensmittel gekauft werden, könnten laut Schätzungen ca. 10.000 neue Arbeitsplätze geschaffen (vgl. Österreichische Hagelversicherung 2016) sowie ein großer Teil der Transportwege eingespart werden.

Jeden Tag werden über 400 Tonnen Lebensmittel in den Hausmüll geworfen, ein großer Teil davon wäre aber noch problemlos genießbar (vgl. BMLFUW 2015).

Visionen 2050

Im Jahr 2050 wird gewährleistet, dass Qualität, Regionalität, ökologische Verträglichkeit und Solidarität in der Produktion und beim Konsum von Lebensmitteln vorherrschen. Die dafür notwendigerweise veränderten politischen Rahmenbedingungen sorgen auch dafür, dass Konsum- und Ernährungsgewohnheiten verstärkt auf dem Prinzip der Ernährungssouveränität beruhen.

Basierend darauf werden die Art und Weise der Produktion, der Verteilung und des Konsums unter Einbeziehung aller relevanten Interessengruppen gemeinsam festgelegt. Lebensmittel werden vorrangig lokal produziert, gehandelt und konsumiert. Alle importierten Lebensmittel beruhen auf dem Prinzip solidarischer Handelsbeziehungen. Durch direktere Beziehungen zwischen ProduzentInnen und KonsumentInnen steigt die Wertschätzung von Lebensmitteln und den Menschen, die diese produzieren bzw. konsumieren (vgl. Welthaus Diözese Gurk-Klagenfurt 2014).

Aufgrund gemeinsamer Anstrengungen von politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen AkteurInnen wird 2050 eine deutliche Reduktion der weggeworfenen Lebensmittel erreicht.

Positionen zu Ernährung

Die von politischen und wirtschaftlichen EntscheidungsträgerInnen vorgegebenen Rahmenbedingungen müssen gewährleisten, dass von der Produktion bis zum Konsum möglichst keine Lebensmittel verschwendet werden.

Die Katholische Jugend fordert von Politik und Gesellschaft die tatkräftige administrative und rechtliche Unterstützung von Einkaufsgemeinschaften zur gemeinsamen Versorgung mit nachhaltigen Lebensmitteln direkt von den ProduzentInnen.

Die Landwirtschaftspolitik muss so gestaltet sein, dass sie einen wichtigen Beitrag zum Schutz der Umwelt bzw. der Ökosysteme leistet.

2.4. Mobilität

Ausgangslage

Fast zwei Drittel aller 16-19-Jährigen benutzen täglich oder mehrmals die Woche öffentliche Verkehrsmittel (vgl. Analyse des Verkehrsclub Österreich: O.N. 2013). Mit dem Erwerb des Führerscheins und der Möglichkeit, von nun an ein Auto oder ein Moped verwenden zu können, steigen Jugendliche vor allem bei Kurzstrecken verstärkt auf individuelle Verkehrsmittel mit deutlich höherem CO₂-Ausstoß um (vgl. VCÖ 2017). Weiters nimmt durch die Zersiedelung vieler ländlicher Gebiete und der damit verbundenen Ausweitung der notwendigen Wegstrecken der

Sektor „Verkehr“ zu, der folglich einer der Hauptverursacher des Klimawandels ist (vgl. Umweltbundesamt 2014: 24) und Ökosysteme dauerhaft zerstört.

Beim Kostenvergleich mit anderen Verkehrsmitteln werden beim Auto oft nur die Treibstoffkosten, nicht aber die Faktoren Wertverlust, Versicherungen und Reparaturen berücksichtigt. Die tatsächlichen Kosten liegen, je nach Fahrzeugtyp, bei ca. 30 bis 110 Cent pro km (vgl. ADAC 2016), was in vielen Fällen bei der Wahl des Verkehrsmittels nicht berücksichtigt wird.

Im Jahr 2016 waren in Österreich rund 4,8 Mio. PKWs mit Benzin- oder Dieseltreibstoff angemeldet. Dem gegenüber standen rund 9.000 Elektroautos. Zwar stieg die absolute Zahl um fast 100 % zum Vorjahr, jedoch verzichtet noch immer ein Großteil der Bevölkerung auf Elektroautos. Gründe dafür sind der hohe Anschaffungspreis, die geringe Reichweite und das teilweise noch schlecht ausgebaute Stromtankstellennetz (vgl. Statistik Austria 2016a).

Visionen 2050

Im Jahr 2050 wird durch Investitionen in Bildungs- und Arbeitsangebote für junge Menschen, begleitet von bedarfsorientierten Freizeit- und Kulturangeboten, die Lebensqualität in ländlichen Gebieten aufgewertet und die fortschreitende Zersiedelung eingebremst. So werden die notwendigen Wege verkürzt, das Verkehrsaufkommen reduziert und klimaschädliche Emissionen eingespart. Stadtzentren und Ortskerne werden durch leistbares Wohnen im Zentrum aufgewertet.

Verkehrs- und Mobilitätskonzepte werden durch verstärkte Partizipation, wie das Vorarlberger Open Space Forum, von Jugendlichen perfekt an ihre Bedürfnisse angepasst (vgl. ÖGUT 2004). Priorisiert wird dabei die Förderung und Aufwertung des Umweltverbundes (ÖV, Fahrrad, zu Fuß gehen, u.ä.). Für Strecken, die noch mit dem Auto oder Moped zurückgelegt werden, greifen Jugendliche auf Carsharing-Angebote zurück oder nutzen emissionsarme Fahrzeuge wie Elektroautos, Wasserstofffahrzeuge, Hybridautos, Elektroroller.

Positionen zu Mobilität

Aus Sicht der Katholischen Jugend muss die Raumordnung so gestaltet werden, dass die allgemeine Zersiedelung gebremst wird. Darum setzt sie sich für die Aufwertung der Stadtzentren und Ortskerne sowie ein ausreichendes attraktives Angebot an öffentlichen Verkehrsmitteln ein.

Um eine ausreichende Nutzung des öffentlichen Verkehrs zu gewährleisten, ist eine hohe öffentliche Verkehrsnetzabdeckung notwendig und es braucht Fahrpläne, Transportkapazitäten und Ticketpreise, die auf die Bedürfnisse von jungen Menschen abgestimmt sind.

In ländlichen Regionen sind bedarfsorientierte Verkehre für die Bevölkerung als Grundversorgung anzubieten.

Zur Steigerung des Anteils an emissionsarmen und gemeinschaftlich genutzten Fahrzeugen fordert die Katholische Jugend Investitionen in Forschung, Förderung und Entwicklung zukunftsfähiger Technologien und unterstützender Initiativen.

2.5. Entsorgung

Ausgangslage

Durch einen ressourcenintensiven Konsum- und Lebensstil entstehen in Österreich pro Person und Tag im Durchschnitt ca. 1,4 kg Restmüll, ein Drittel davon ist großteils vermeidbarer Verpackungsmüll (vgl. BMLFUW 2014; Natürlich weniger Mist 2016).

Andererseits gibt es auch eine Vielzahl an KonsumentInnen, die sehr bewusst auf einen möglichst geringen Ressourcenverbrauch bei ihrem Einkauf achten. Diesen individuellen Handlungsmöglichkeiten sind aber dort Grenzen gesetzt, wo Produkte so konzipiert werden, dass ihre relativ kurze Nutzungsdauer sowie hohe Reparaturkosten faktisch zu einem Neukauf zwingen (beispielsweise bei einem Handy).

Durch verstärktes Recycling wird nicht nur dem Abbau von Rohstoffen entgegengewirkt, sondern auch die Treibhausgasemission gesenkt. Treibhausgasemissionen, die bei der Produktion entstehen, könnten durch rückgewonnene Altstoffe um mindestens 20 % (PET-Flaschen) und bis zu 97 % (Aluminium) reduziert werden (vgl. Umweltbundesamt 2010).

International betrachtet führen die unterschiedlichen Gesetzeslagen in der Abfallentsorgung immer wieder zu Müllproblemen (z.B. Transport von Elektroschrott nach Ghana oder Sondermüll nach Süditalien) und statt den Müll im Vorhinein zu verhindern, werden Umweltverschmutzungen in andere Länder verlagert (vgl. Riepe 2014: 8).

Visionen 2050

Im Jahr 2050 treffen Jugendliche nach dem Prinzip „Weniger ist mehr“ ihre Konsumententscheidungen vielfach nach qualitativen und ökologischen Kriterien. Durch ein hohes Bewusstsein für die Langlebigkeit und kosteneffiziente Reparaturmöglichkeiten von Produkten werden große Mengen an wertvollen Ressourcen geschützt und Abfall auf das Minimum reduziert.

Der Fokus liegt auf Vermeidung vor Trennung vor Entsorgung. Die flächendeckende Verwendung biogener Verpackungsmaterialien statt nicht nachhaltiger Verpackungen führt zu niedrigem Energiebedarf bei der Herstellung und Entsorgung. Der restliche noch anfallende Abfall wird zum sorgfältigen Trennen, Recyceln oder anschließenden sicheren Deponieren zu einer Müllaufbereitungsanlage gebracht.

Positionen zu Entsorgung

Die Katholische Jugend fordert kosteneffiziente Reparaturmöglichkeiten für technische Produkte, um so die Nutzungsdauer der Geräte zu verlängern.

Um die Lebensdauer von technischen Geräten und anderen Produkten zu steigern, macht sich die Katholische Jugend für regulatorische Maßnahmen wie die Verlängerung von Gewährleistungspflichten stark.

Die Katholische Jugend setzt sich für Investitionen in die Erforschung und Entwicklung biogener Materialien wie Netzsäcke aus Naturfasern, Holzschliffverpackungen und verbesserte Recyclingprozesse sowie deren Förderung ein.

3. Soziale Nachhaltigkeit

„Die Wege zur Lösung erfordern einen ganzheitlichen Zugang, um die Armut zu bekämpfen, den Ausgeschlossenen ihre Würde zurückzugeben und sich zugleich um die Natur zu kümmern.“ (Vgl. Papst Franziskus, LS: 129)

3.1. Einleitung

Unter sozialer Nachhaltigkeit versteht man unter anderem soziale und gesellschaftliche Leistungen wie die Schaffung menschenwürdiger Arbeitsstellen für möglichst viele Menschen, Maßnahmen gegen die ungleiche Einkommensverteilung, die Wahrung und den Ausbau demokratischer Strukturen sowie Bildungs- und Ausbildungsmaßnahmen, um eine zukunftsfähige Gesellschaft aufrechterhalten zu können.

Soziale Nachhaltigkeit enthält vier Schlüsselemente:

- Absicherung der materiellen Grundbedürfnisse
- Nutzung von Sozialressourcen in der Gesellschaft
- Herstellung von Chancengleichheit
- Partizipation fördern

(vgl. Lexikon der Nachhaltigkeit 2015)

Die Katholische Jugend fühlt sich daher aufgerufen, in folgenden Bereichen Änderungen einzufordern, um zu einer langfristigen Stabilität der Gesellschaft beizutragen.

3.2. Wirtschaftlich-soziale Lage

Ausgangslage

In Österreich besitzen die reichsten 10 % der Bevölkerung über 69 % des Gesamtvermögens, die ärmsten

50 % teilen sich hingegen nur 2 % davon. Die Einkommensunterschiede zwischen ärmeren und reicheren Bevölkerungsgruppen steigen weiter an (vgl. Eckerstorfer, P. et. al. 2013).

17 % aller unter 20-Jährigen sind armutsgefährdet (vgl. Statistik Austria 2015). Die Arbeitslosenquote für Jugendliche in Österreich liegt seit Jahren bei ca. 10 % (vgl. AMS 2016). Die Einführung der Ausbildungspflicht 2017 für alle Jugendlichen unter 18 Jahren ist ein erster wichtiger Schritt in die richtige Richtung (vgl. BMASK 2016).

Etwa 50 % der Jugendlichen sind der Meinung, dass sie in Zukunft keine staatliche Pension mehr bekommen werden. Experten widersprechen dem, fügen aber hinzu, dass für ein zukünftig weiterhin leistungsfähiges Pensionssystem weitreichende Änderungen und Anpassungen notwendig sind (etwa die Angleichung des faktischen an das gesetzliche Antrittsalter). (vgl. Sator 2016)

Visionen 2050

Arbeitsmarktpolitische und wohlfahrtsstaatliche Maßnahmen haben eine volle Integration von Jugendlichen in das gesellschaftliche Leben gewährleistet und weitgehend verhindert, dass eine größere Zahl von Jugendlichen arbeitslos bzw. armutsgefährdet ist.

Um den sozialen Frieden in der Gesellschaft aufrechtzuerhalten, werden steuerpolitische Instrumente eingesetzt, die wiederum Auswüchsen einer immer ungerechteren Vermögens- und Einkommensverteilung entgegenwirken. Jede Person trägt entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit zur Aufrechterhaltung des Wohlfahrtsstaates bei.

Durch verschiedenste notwendige Reformen und Änderungen im Pensionssystem wird gewährleistet, dass alle Menschen eine zukunftsichere Altersversorgung erhalten.

Positionen zur wirtschaftlich-sozialen Lage

Die Katholische Jugend setzt sich für eine Verteilungspolitik ein, die vor allem armutsgefährdeten Personengruppen zugutekommt. Darüber hinaus sind regulierende Maßnahmen zur Verringerung von Wohnkosten notwendig, da sie vor allem junge Menschen mit allgemein geringerem Einkommen übermäßig stark belasten.

Die Katholische Jugend fordert die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit durch zielgerichtete Investitionen in Bildungs- und Ausbildungsmaßnahmen von Jugendlichen sowie verstärkte qualitativ hochwertige Coaching-Maßnahmen für Betroffene.

Um das staatliche Pensionssystem auch für jüngere Generationen zu sichern, bedarf es regelmäßiger Anpassungsmaßnahmen an die Situation des Arbeitsmarktes bzw. notwendige Schritte zur Sicherstellung der Finanzierbarkeit des Systems.

3.3. Arbeit

Ausgangslage

In der derzeitigen Einkommenskurve besteht ein Missstand. Vor allem bei Angestellten wirkt sich das Senioritätsprinzip stark auf das Einkommen aus: Nicht die Produktivität oder die tatsächlich erbrachte Leistung, sondern die Dienstjahre sind für das Einkommen stark ausschlaggebend. Besonders deutlich erkennt man dies an den Einkommen von (jungen) Frauen, die häufig ihren männlichen Kollegen gegenüber benachteiligt werden. Gerade in jungen Jahren besteht jedoch ein hoher Finanzbedarf durch zum Beispiel eine Haushalts- oder Familiengründung sowie ein Eigenheim. Aufgrund der zu geringen Einkommen sind somit junge Menschen immer mehr auf Transferleistungen der Familie, FreundInnen oder dem Staat angewiesen (vgl. KAB 2014; Gartner, Hametner 2016).

Rund 60.000 SchülerInnen bzw. StudentInnen müssen, bevor sie in eine geregelte Erwerbsarbeit eintreten können, jährlich ein Pflichtpraktikum absolvieren. Knapp die Hälfte aller StudentInnen leistet freiwillig ein Praktikum, um einen Job zu bekommen. Ein Drittel aller studentischen Praktika sind unbezahlt und lediglich

17 % verdienen mehr als 800,00 Euro (vgl. Zauner 2013; Kainrath 2016).

Bei [wir.gestalten.arbeit](#) forderten die Jugendlichen geschlossen die Beibehaltung des freien Sonntags.

Visionen 2050

Im Jahr 2050 steht jungen Menschen und Jungfamilien mehr Einkommen zur Verfügung, was Ihnen die Bewältigung ihrer finanziellen Verantwortung sowie die Realisierung ihrer Wünsche und Träume erleichtert.

Das Einkommen von Frauen unterscheidet sich nicht von dem ihrer männlichen Kollegen, das Prinzip „gleiches Geld für gleiche Arbeit“ ist vollständig umgesetzt.

Aufgrund einer gestiegenen Wertschätzung für alle Formen von Arbeit (Praktikum, Erwerbsarbeit, soziales Engagement, Kinderbetreuung) nimmt das ehrenamtliche soziale Engagement von Jugendlichen deutlich zu. Praktika werden ausschließlich gegen faire finanzielle Gegenleistung angeboten.

Der freie Sonntag wird in Österreich beibehalten und stellt eine Vorbildfunktion für andere Länder dar. Dieser gemeinsame Ruhetag bietet Raum für Erholung, gemeinsame Zeiten mit Familie und FreundInnen und darüber hinaus die Möglichkeit für ehrenamtliches Engagement.

Positionen zu Arbeit

Die Katholische Jugend setzt sich für allgemein höhere Einstiegseinkommen und eine gleichzeitige Reduktion der Zuwachsraten in den oberen Einkommensbereichen ein.

Die Katholische Jugend fordert die gleiche Bezahlung von Männern und Frauen für gleiche Arbeit.

Die Katholische Jugend setzt sich dafür ein, dass alle Formen von Arbeit mit einem Mehrwert für die Gesellschaft (Ehrenamt, Praktika, Kinderbetreuung sowie Pflege von Bedürftigen) entsprechende monetäre bzw. nicht monetäre Wertschätzung erfahren.

Die Katholische Jugend macht sich für die Beibehaltung des freien Sonntags stark.

Die Katholische Jugend spricht sich für gerechte Entlohnung von Arbeit aus. Dies betrifft insbesondere höhere Bezahlung von Lehrlingen, eine gesetzlich vorgeschriebene Entlohnung von Praktika, die Bekämpfung von Lohndumping und Kollektivverträge in allen Branchen.

3.4. Sensibilisierung für Schöpfungsverantwortung

Ausgangslage

Für eine nachhaltige Gesellschaft ist es notwendig wirtschaftliche, soziale und ökologische Aspekte zusammendenken zu können. Darauf aufbauend lassen sich zukunftsfähige Formen des Lebens und Wirtschaftens entwickeln (vgl. BMLFUW 2008: 2).

Nach Heinzlmaier (2015) beruht das europäische Schulwesen hingegen hauptsächlich auf Aspekten, die für das Bewusstsein und Verständnis dieser Grundlagen hinderlich sind. Gleichförmigkeit und die Ausbildung von angepassten, wirtschaftlich denkenden und für den Arbeitsmarkt verwertbaren Menschen steht im Zentrum des Schulsystems. Dabei fehlt es oft an Möglichkeiten eines darüber hinaus gehenden Erwerbs von Wissen über Nachhaltigkeit (vgl. Heinzlmaier 2015: 3).

Als ein Gegenentwurf dazu dient die Österreichische Bildungsstrategie „Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE)“, die im Rahmen der gleichnamigen UN-Dekade (2005-2014) entwickelt wurde. Sie soll dazu beitragen, den heutigen und künftigen Generationen ein friedliches, solidarisches Zusammenleben in Freiheit und Wohlstand sowie in einer lebenswerten Umwelt zu ermöglichen (vgl. BMBF 2016a). Diese Bildungsstrategie wurde nach 2014 jedoch nur durch vereinzelte Folgeaktivitäten weitergeführt.

Durch das neue Unterrichtsprinzip „Politische Bildung“ und den Erlass zum Lehrplan „Politische Bildung/Geschichte und Sozialkunde“ kann ansatzweise eine begrüßenswerte Entwicklung festgestellt werden (vgl. BMBF 2016b).

Die Situation des Religionsunterrichts an Schulen im deutschen Sprachraum hat sich gegenüber früheren Jahrzehnten aufgrund gesellschaftlicher Entwicklungen verändert und sieht sich mit vielfältigen Herausforderungen und Infragestellungen konfrontiert. Dabei leistet besonders der Religionsunterricht einen großen Beitrag zur Sensibilisierung für Schöpfungsverantwortung (vgl. Erzbischöfliches Amt für Unterricht und Erziehung 2013).

Empathie und Mitgefühl sind Wesensmerkmale in vielen Religionen und Weltanschauungen. Zahlreiche Studien zeigen, dass Achtsamkeit als persönliche Einstellung bzw. Methode nicht nur das eigene Wohlbefinden und die psychologische Gesundheit steigert, sondern auch altruistisches Handeln fördert (vgl. Ericson et al. 2014).

Visionen 2050

Im Jahr 2050 hat jahrzehntelange Bewusstseinsbildung Früchte getragen. Weite Teile der österreichischen Bevölkerung wissen darüber Bescheid, was für eine zukunftsfähige Gesellschaft notwendig ist, und arbeiten darauf hin.

Die Bildungsstrategie „BNE“ ist nach mehreren Test- und Implementierungsphasen an allen relevanten Stellen erfolgreich umgesetzt.

Durch die Aufwertung von Politischer Bildung im Unterricht erarbeiten junge Menschen Fähigkeiten in der kritischen Analyse gegenwärtiger politischer Entwicklungen bzw. Kompetenzen, um selbst eine aktive Rolle in der Gestaltung der Gesellschaft zu übernehmen.

Der Religionsunterricht und ethische Bildung sind fixer Bestandteil im Unterricht, um die religiöse und ethische Entscheidungskompetenz der SchülerInnen zu stärken und diese zu verantwortungsvollem Handeln zu befähigen.

Position zu Sensibilisierung

Für die Umsetzung von Forderungen der Katholischen Jugend im Bereich sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit braucht es Bewusstseinsbildung in der Gesellschaft, v.a. in Schulen, hinsichtlich der in diesem Papier behandelten Bereiche.

Die Katholische Jugend fordert die Weiterentwicklung des österreichischen Bildungssystems in Richtung Kompetenzorientierung und Erlernen kritischen und lösungsorientierten Denkens.

Die Katholische Jugend fördert einen achtsamen Umgang miteinander, nicht nur zum Wohle unserer eigenen persönlichen Gesundheit, sondern auch, weil wir als Teil unserer Umwelt Verantwortung gegenüber anderen Spezies tragen: Achtsamkeit (engl. Mindfulness) ist der Schlüssel zur Stärkung der Selbstkontrolle und unterstützt ein ökologisches, nachhaltiges Verhalten.

Die Katholische Jugend fordert die stärkere Verankerung der politischen Bildung an österreichischen Schulen und die Umsetzung bzw. Weiterentwicklung der „Österreichischen Strategie zur Bildung für Nachhaltige Entwicklung“.

Die Katholische Jugend setzt sich für die Beibehaltung und Stärkung des Religionsunterrichtes und der ethischen Bildung an Schulen ein.

3.5. Partizipation/Zivilgesellschaftliches Engagement

Ausgangslage

Die Wahlbeteiligung Jugendlicher zwischen 16 und 20 Jahren lag bei der Nationalratswahl 2013 bei ca. 60 % und ist damit niedriger als die allgemeine Wahlbeteiligung von etwa 75 % (vgl. Der Standard 2015). Fast die Hälfte aller Jugendlichen engagiert sich zwar ehrenamtlich in vielen verschiedenen Bereichen (vgl. BMFJ 2016: 111), sie zeigen aber laut Jugendstudien kein allzu großes Interesse daran, sich an weltanschaulichen Grundsatzdiskursen zu beteiligen. Das betrifft vor allem Themen, die nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit ihrem Leben stehen, wie zum Beispiel die Thematik „Nachhaltigkeit“ (vgl. Großegger 2012: 2).

Die Beteiligung von Jugendlichen an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen wird nach wie vor nicht als Selbstverständlichkeit erachtet (vgl. Hörmann 2013: 22f.).

Visionen 2050

Im Jahr 2050 haben Jugendliche ausreichend Zeit, sich neben und in den beruflichen sowie schulischen Verpflichtungen für gesellschaftliche Belange zu engagieren.

Sowohl in politischen Entscheidungsgremien (z.B. auf Gemeinde-, Bezirks-, Landes- und Bundesebene) als auch außerhalb (z.B. Pfarre, Jugendarbeit) werden keine Entscheidungen mehr ohne Berücksichtigung der Perspektiven junger Menschen getroffen.

Entscheidungsfindungsmethoden jenseits von Mehrheitsbeschlüssen (wie z.B. Systemisches Konsensieren oder soziokratische Entscheidungsfindung) erfahren größere Beliebtheit und werden bei politischen bzw. wirtschaftlichen Entscheidungen in steigendem Maß angewandt.

Positionen zu Partizipation/Engagement

Die Katholische Jugend ermutigt politische EntscheidungsträgerInnen, gemeinsam mit VertreterInnen aus der Wirtschaft, günstige Rahmenbedingungen zu entwickeln, damit Jugendliche neben und in Ausbildung und Arbeit ausreichend Zeit und Interesse für gesellschaftliche Anliegen aufbringen können.

Die Katholische Jugend fordert von politischen EntscheidungsträgerInnen die Umsetzung der notwendigen Schritte, sodass die Perspektiven von jungen Menschen in allen relevanten Entscheidungen ausreichend einfließen (Kinder- und Jugendverträglichkeitsprüfung).

Die Katholische Jugend ermutigt EntscheidungsträgerInnen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, neue Wege zu gemeinschaftlichen Entscheidungen zu beschreiten.

4. Ökonomische Nachhaltigkeit

„Die Politik darf sich nicht der Wirtschaft unterwerfen, und diese darf sich nicht dem Diktat und dem effizienzorientierten Paradigma der Technokratie unterwerfen. Im Hinblick auf das Gemeinwohl besteht für uns heute die dringende Notwendigkeit, dass Politik und Wirtschaft sich im Dialog entschieden in den Dienst des Lebens stellen, besonders in den des menschlichen Lebens.“ (Papst Franziskus, LS 189)

4.1 Einleitung

Wirtschaftliche Nachhaltigkeit bedeutet, dass Produkte und Dienstleistungen die Lebensgrundlage künftiger Generationen sicherstellen und weltweit für mehr soziale Gerechtigkeit zwischen Arm und Reich beitragen (vgl. Lexikon der Nachhaltigkeit 2015).

Die Katholische Jugend sieht die Katholische Soziallehre als Basis für wirtschaftliches Handeln. Die Katholische Soziallehre bezeichnet die gesammelte Lehre der Katholischen Kirche zu „sozial relevanten Themen“ und hat ihre Grundlagen in der Heiligen Schrift. Das erste Rundschreiben eines Papstes zu sozialen Themen, die Sozialzyklika *Rerum Novarum*, wurde 1892 von Papst Leo XIII verfasst.

Im Mittelpunkt der Katholischen Soziallehre steht die Würde der menschlichen Person. Sie ist somit die Grundlage aller anderen Prinzipien der Soziallehre: des Gemeinwohls, der Subsidiarität und der Solidarität (vgl. Päpstlicher Rat für Gerechtigkeit und Frieden 2006).

Das Prinzip des Gemeinwohls, auf das sich jeder Aspekt des sozialen Lebens beziehen muss, meint nicht nur die Summe der Einzelgüter für das Individuum, sondern das Wohl aller Menschen wie auch des einzelnen Menschen, für das alle verantwortlich sind. Das Gemeinwohl ist erreicht, wenn es einen funktionierenden Rechtsstaat gibt, und dieser die Rechte aller Menschen auf Ernährung, Wohnen, Gesundheit, Erziehung, Bildung sowie auf Meinungs-, Versammlungs- und Religionsfreiheit gewährleistet.

Das Prinzip der Subsidiarität umfasst die Beziehungen zwischen den einzelnen Menschen, der Gesellschaft und ihrer verschiedenen Institutionen. Danach müssen alle höheren Institutionen der Gesellschaft den niedrigeren gegenüber eine Haltung der Unterstützung und Förderung einnehmen. Das heißt: was vom einzelnen Menschen gemacht werden kann, darf ihm nicht von „oben“ genommen werden.

Das Prinzip der Solidarität gibt vor, sich für das Wohl des Nächsten im Sinn des Evangeliums einzusetzen. Das bedeutet ihm zu dienen anstatt ihn auszubeuten und sich einen eigenen Vorteil zu verschaffen. Dieses Prinzip setzt voraus, dass die Menschen ihre Verpflichtung gegenüber der Gesellschaft wahrnehmen. Diese Verpflichtung erstreckt sich von den heute lebenden Menschen über die zukünftigen Generationen. Vorbild dieser Solidarität ist das Leben Jesu bis zu seinem Tod am Kreuz.

Die Katholische Jugend sieht daher im ökonomischen Bereich folgende Handlungsfelder:

4.2. Wirtschafts- und Sozialpolitik

Ausgangslage

Obwohl Studien eine durchschnittliche Zufriedenheit der Bevölkerung mit den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft zeigen (vgl. IMAS 2017), berücksichtigen diese noch nicht ausreichend die ökologische Dimension der Nachhaltigkeit (Netzwerk von Christen 2017).

Das Instrument der freien Marktwirtschaft kann nicht alle wirtschaftlichen Bedürfnisse decken. Beispielsweise spielt im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge der Staat eine entscheidende Rolle. Der Anspruch der EU-Mitgliedsstaaten, selbst über Art, Umfang und Anbieter öffentlicher Dienstleistungen zu entscheiden, steht aber in einem Spannungsverhältnis zu den Marktöffnungsregeln der Europäischen Union (vgl. Damjanovic, Madner, Mayer 2015).

In den letzten Jahren wurden verstärkt internationale Wirtschaftsabkommen verhandelt, mit dem Ziel die wirtschaftliche Zusammenarbeit zu stärken. Die Zivilgesellschaft kritisiert dabei vor allem den intransparenten Verhandlungsstil und hat mittlerweile erreicht, dass bei bestimmten Vertragsinhalten die nationalen Parlamente zustimmen müssen.

Im internationalen Vergleich liegt das österreichische Sozialstaatsmodell bei der sozialen Absicherung an der Spitze. Da das Modell sehr stark mit der bezahlten Erwerbsarbeit verknüpft ist, werden zukünftige Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt (z.B. Digitalisierung) den Sozialstaat vor Herausforderungen stellen (vgl. Buxbaum, Marterbauer 2017).

Visionen:

Die Wirtschaftspolitik im Jahr 2050 beruht auf der Katholischen Soziallehre und den Prinzipien der ökosozialen Marktwirtschaft:

- leistungsfähige Wirtschaft
- soziale Gerechtigkeit
- ökologische Verantwortung

Der Zugang aller Menschen zu Produkten und Dienstleistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge wird durch den Staat sichergestellt.

Durch verstärkte Mitbestimmung der Bevölkerung in wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen wird ein möglichst breiter Ausgleich verschiedenster Interessen gewährleistet.

Internationale Wirtschaftsabkommen im Jahr 2050 sind so gestaltet, dass sie der Katholischen Soziallehre und den Prinzipien der ökosozialen Marktwirtschaft entsprechen.

Für alle, die aufgrund verschiedener Umstände nicht in der Lage sind selbst ihren Lebensunterhalt zu bestreiten, gibt es ein Sozialsystem, das bedarfsorientiert ist und Veränderungen in Gesellschaft und Arbeitswelt berücksichtigt. Dabei werden auch neue zeitliche und finanzielle Möglichkeiten des ehrenamtlichen Engagements für das Gemeinwohl geschaffen.

Positionen zu Wirtschafts- und Sozialpolitik:

Die Katholische Jugend sieht die ökosoziale Marktwirtschaft als Fundament des Wirtschaftssystems, innerhalb dessen die Freiheit des/der Einzelnen und dessen/deren Grenzen klar definiert sind. Es braucht ein tragfähiges Sozialsystem für Benachteiligte sowie klare ökologische Zielsetzungen.

Die Kath. Jugend fordert die Absicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge durch die öffentliche Hand.

Zur **öffentlichen Daseinsvorsorge** zählen:

- die Versorgung mit Wasser und Energie
- die Bereitstellung von Straßen und Schienen
- die Abfallwirtschaft
- das Bildungs- und Gesundheitswesen
- kulturelle Angebote
- soziale Dienste

Quelle: Verband der öffentlichen Wirtschaft und Gemeinwirtschaft Österreichs (2015)

Die Kath. Jugend fordert, dass internationale Wirtschaftsabkommen nur bei Erfüllung folgender Voraussetzungen abgeschlossen werden dürfen:

- **Transparenz und Mitbestimmung der Bevölkerung**
- **ökologische, soziale und ökonomische Nachhaltigkeit wird gefördert**

Die Katholische Jugend fordert die Beibehaltung bzw. den Ausbau von bedarfsorientierten sozialen Sicherungsmechanismen, und befürwortet eine Debatte über mögliche andere Modelle, welche u.a. die Entwicklungen der Arbeitswelt in der Zukunft berücksichtigen.

4.3. Wirtschaftlich ethisches Handeln

Ausgangslage:

Obwohl viele Produktions- und Kaufentscheidungen zunehmend anhand ökonomischer Nachhaltigkeitskriterien getroffen werden, gibt es eine große Zahl an Betrieben bzw. KonsumentInnen, die diesen Kriterien aufgrund mangelnden Bewusstseins bzw. geringer finanzieller Ressourcen wenig Beachtung schenken.

Alternative wirtschaftliche Konzepte wie die solidarische Ökonomie gewinnen an praktischer Bedeutung. In Österreich entstanden in den letzten Jahren immer mehr Initiativen und Projekte, die auf solidarisch ökonomischen Prinzipien beruhen. Im gesamtwirtschaftlichen Vergleich kommen sie derzeit über das Nischendasein kaum hinaus.

Der zuletzt 2012 durchgeführten Studie zufolge verdienen die Top Manager in börsennotierten österreichischen Betrieben das 48-Fache des durchschnittlichen Bezuges der Beschäftigten im selben Betrieb. Im Jahr 2000 betrug deren Verdienst noch das 20-Fache (vgl. Wieser et. Oberrauter 2014).

Visionen:

Im Jahr 2050 orientieren sich die Entscheidungen aller wirtschaftlichen Akteure an den Prinzipien der Katholischen Soziallehre und den ökonomischen Nachhaltigkeitskriterien.

2050 zeichnet sich die Wirtschaft durch eine Vielzahl solidarisch ökonomischer Projekte aus. Diese neuen Entwicklungen zeugen in der Gesellschaft von einem deutlich gesteigerten Engagement, zu einer partizipativ gestalteten Wirtschaft beizutragen.

Die in einem Betrieb erzielten Einkommen sind im Jahr 2050 so verteilt, dass alle MitarbeiterInnen einen gerechten Anteil bekommen. Damit wird gewährleistet, dass es zu keinen exzessiven Lohn- und Gehaltsunterschieden kommt.

Beispiele ökonomischer Nachhaltigkeitskriterien:

Regional

Wenn Produktion und Konsum möglichst regional stattfinden, bleiben Wertschöpfung und Arbeitsplätze in der Region erhalten.

Saisonal

Wenn Produktion und Konsum in relevanten Bereichen (z.B. Tourismus, Ernährung) der jeweiligen Saison angepasst werden, kann die Wertschöpfung lokaler Betriebe auch langfristig erhalten werden.

Ökologisch

Betriebe, die nach ökologischen Kriterien handeln, orientieren sich an aktuellen Marktanforderungen und tragen so zu einem langfristigen Erhalt ihrer Existenz bei.

Fair

Durch faire Preise und Löhne in den wirtschaftlichen Beziehungen kommt es zu keinen Dumpingpreisen und Niedriglöhnen, und die ökonomische Existenzgrundlage aller wirtschaftlichen Akteure wird gesichert.

Qualität vor Quantität

Durch achtsame Produktionsplanung und angemessenen Konsum wird der Fokus auf hochwertige Produkte gelegt, und längerfristige wirtschaftliche Beziehungen, die nicht durch übermäßige billige Konkurrenz bzw. Sparzwang gefährdet werden, können entstehen.

Quelle: Katholische Jugend (2012)

Projekte **solidarischer Ökonomie** zeichnen sich aus durch:

- Gleichberechtigte Kooperation in einem Projekt oder Betrieb
- Gebäude und Betriebsmittel werden selbst verwaltet
- Es wird Lebensunterhalt (Geld- oder Sachleistungen) geschaffen

Beispiele dafür sind: Lebensmittelkooperativen, Wohngemeinschaften, Tauschbörsen etc.

Quelle: Exner (2011)

Positionen zu wirtschaftlich ethisches Handeln:

Die Katholische Jugend fordert von Wirtschaftsakteuren, dass diese ihre Tätigkeiten stärker an der Katholischen Soziallehre und der Erreichung von Nachhaltigkeitskriterien ausrichten.

Die Katholische Jugend fordert eine staatliche, rechtliche, finanzielle und administrative Unterstützung bei der Umsetzung von solidarisch ökonomischen und partizipativ gestalteten Projekten.

Die Katholische Jugend setzt sich für eine faire Verteilung der betriebsinternen Einkommen ein.

4.4. Finanzsystem

Ausgangslage:

Der Anteil an reinen Spekulationsgeschäften auf den Rohstoffmärkten ist in den letzten Jahren stetig gestiegen und liegt nun bei 70 %. Dies führt zu regelmäßigen Preisschwankungen auf den Realmärkten, und führte beispielsweise 2008 zu Preisanstiegen bei Grundnahrungsmitteln und somit zu Hungersnöten in Ländern des globalen Südens.

Seit 2008 wird über eine Finanztransaktionssteuer als Instrument zur Finanzmarktregulierung auf europäischer Ebene diskutiert. Zu einer Umsetzung ist es bisher nicht gekommen.

Der Marktanteil aller nachhaltigen Anlageprodukte, die neben Gewinnen auch soziale und ökologische Kriterien berücksichtigen, steigt in Österreich und liegt derzeit bei ca. 7 % aller Anlageprodukte. Der Großteil dieser Produkte legt den Schwerpunkt ausschließlich auf soziale Kriterien, während ökologische Produkte verhältnismäßig gering vertreten sind (vgl. Seibel 2017).

Visionen:

Im Jahr 2050 konzentrieren sich Finanzmärkte auf ihre primäre Aufgabe, den Finanzbedarf von Unternehmen auf den Realmärkten durch das Angebot an Finanzanlageprodukten für AnlegerInnen zu decken.

Der Anteil von Anlageprodukten, die sozial, ökonomisch und ökologisch nachhaltige Projekte fördern, ist auf über 30 % gestiegen.

Entsprechend dem Subsidiaritätsprinzip kommt es aufgrund der globalen Funktion der Finanzmärkte auch zu international abgestimmten Regulierungsmaßnahmen, damit die Finanzmärkte ihre Funktion in den Dienst des Gemeinwohls stellen.

Positionen zum Finanzsystem:

Die Katholische Jugend fordert wirksame wirtschaftliche und politische Maßnahmen um den Anteil der ethischen Investitionsprodukte am Finanzmarkt zu steigern.

Die Katholische Jugend fordert wirksame Maßnahmen zur Verhinderung von Spekulationen auf den Finanzmärkten, die nur auf einseitige Gewinnvermehrung abzielen.

Die Katholische Jugend fordert wirksame Regulierungsmaßnahmen auf den Rohstoffmärkten, um spekulativ herbeigeführte Preisschwankungen bei Lebensmitteln zu verhindern.

4.5. Steuergerechtigkeit/Steuerflucht

Ausgangslage:

ExpertInnen fordern seit Jahren höhere Steuern auf umweltschädliches Verhalten und im Gegenzug steuerliche Entlastung für Bevölkerung und Unternehmen (Daum 2016).

Steuern auf umweltschädliches Verhalten (sogenannte Ökosteuern) machen aktuell ca. 5 % der gesamten Steuern und Sozialabgaben aus (vgl. Baud 2017: 26).

Österreich verliert aufgrund von Steuerbetrug pro Jahr ca. drei bis vier Milliarden Euro. Dazu zählt vor allem Pusch bzw. andere Formen des Steuerbetrugs. Im EU-weiten Vergleich ist dieser Betrag (entspricht 1,6 % der gesamten Wirtschaftsleistung) relativ gering (vgl. Schneider 2017).

Visionen:

Staatliche Abgaben beeinflussen Entscheidungen wirtschaftlicher Akteure hin zu mehr ökologischem Verhalten. Die neuen Ökosteuern führen durch Steuererleichterungen in anderen Bereichen zu keiner steuerlichen Mehrbelastung der SteuerzahlerInnen - insbesondere jener, die wirtschaftlich benachteiligt sind.

Durch gemeinsames Vorgehen in Steuerfragen wird Steuerbetrug national und international wirksam bekämpft. Diese Maßnahmen mobilisieren in Österreich die benötigten Einnahmen für den öffentlichen Haushalt, leisten einen Beitrag zu einem gerechteren Steuersystem und führen so zu mehr Verständnis und Bereitschaft für die Steuerzahlungspflicht der Bevölkerung.

Positionen zu Steuergerechtigkeit/Steuerflucht:

Die Katholische Jugend setzt sich dafür ein, dass umweltschonendes Verhalten sowie Produkte, die aus fairem und nachhaltigem Handel stammen, steuerlich entlastet werden.

Die Katholische Jugend fordert, dass umweltschonendes Verhalten steuerlich entlastet wird. Gleichzeitig soll umweltschädliches Verhalten höher besteuert werden.

Die Katholische Jugend fordert eine verstärkte Koordination und Harmonisierung der nationalen Steuersysteme auf EU- und internationaler Ebene um unter anderem Steuerflucht zu minimieren.

5. Schlussbemerkung

Die Bedeutung einer nach nachhaltigen Kriterien agierenden Politik, Wirtschaft und Gesellschaft kann aus schöpfungstheologischer Sicht nicht klar genug betont werden.

Die Katholische Jugend arbeitet weiterhin daran, Nachhaltigkeit in all ihren Einflussbereichen selbst umzusetzen bzw. deren Umsetzung einzufordern. Seit 2012 richtet die KJ ihr Wirken an selbst ausgearbeiteten Kriterien (Faire KJ) für mehr Umweltschutz und soziale Gerechtigkeit aus. Für ein gutes Leben für alle Menschen sind diese Anstrengungen zwar notwendig, aber eben nicht ausreichend.

Zahlreiche WissenschaftlerInnen sind sich einig, dass nur eine umfassende sozio-ökologische Transformation der Gesellschaft die richtige Antwort auf die vielen bestehenden Krisen sein kann. Papst Franziskus diagnostiziert in der Enzyklika *Laudato Si'* mit Klarheit und Schärfe die Schlüsselpunkte in diesem Transformationsprozess.

Der Weg zu diesem Prozess beginnt schon heute und muss politisch gesteuert werden. Dazu bedarf es der ständigen Einforderung von Nachhaltigkeit in allen relevanten politischen Entscheidungen, wofür die Katholische Jugend auf Basis des vorliegenden Positionspapiers regelmäßig aktuelle Forderungen formulieren und an den relevanten politischen Stellen einbringen wird.

Katholische Jugend, Bundeskonferenz 2018

6. Literaturverzeichnis

- ADAC (2016): ADAC Autokosten 2016.
adac.de/_mmm/pdf/autokostenubersicht_s-v_47089.pdf
04.10.2016
- AMS (2016): Übersicht über den Arbeitsmarkt Mai 2017
ams.at/_docs/001_uebersicht_aktuell.pdf
17.03.2016
- Baud, Sacha (2017): Ökosteuern in Österreich sowie ein Blick auf Europa. Wien: Statistik Austria.
<http://www.uma.or.at/assets/userFiles/Veranstaltungen/Fachdialoge2017/MitSteuernsteuern27042017/Baud.pdf>
05.01.2018
- BMASK (2016): Warum gibt es die Ausbildung bis 18?
www.ausbildungbis18.at
11.01.2017
- BMLFUW (2008): Österreichische Strategie zur Bildung für nachhaltige Entwicklung
bmb.gv.at/schulen/unterricht/ba/bine_strategie_18299.pdf?5i83ew
06.03.2017
- BMLFUW (2014): Bundes-Abfallwirtschaftsplan
bmlfuw.gv.at/greentec/bundes-abfallwirtschaftsplan
29.02.2016
- BMLFUW (2015): Lebensmittel sind kostbar
bmlfuw.gv.at/service/bildungsmaterialien/Lebensmittel/kostbare_lebensm.html
03.11.2016
- BMBF (2016a): Bildung für nachhaltige Entwicklung.
www.bmb.gv.at/schulen/unterricht/ba/bine.html
05.10.2016
- BMBF (2016b): Lehrplan Geschichte und Sozialkunde/Politische Bildung.
<https://tinyurl.com/y8vjzpf>
05.10.2016
- Bischofskonferenz (2015): Ökologie-Projekte: Beschlüsse der Bischofskonferenz am 11. November 2015
http://akn.graz-seckau.at/upload/file/default/__kologie-Beschl__sse_der__sterreichischen_Bischofskonferenz_2015.pdf
10.01.2017
- Bundesministerium für Familie und Jugend (2016): Siebter Bericht zur Lage der Jugend in Österreich. Teil C: Österreichische Jugendstrategie.
bmfj.gv.at/jugend/jugendforschung/jugendbericht/siebter-bericht-zur-lage-der-jugend-in-oesterreich-2016.html
23.03.2017
- O.N. (2015): Erstwähler nutzen Wahlrecht seltener als Durchschnitt. In: Der Standard (07.12.2015).
<http://derstandard.at/1395363226428/Wahlbeteiligung-der-Erstwaehler-vergleichsweise-gering>
23.03.2017
- Damjanovic, Dragana/Madner, Verena/Mayr, Stefan (2015): Die Auswirkungen des Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA) auf die rechtlichen Rahmenbedingungen für Dienstleistungen der Daseinsvorsorge in Österreich. Studie. AK Wien, Österreichischer Städtebund, Verband der öffentlichen Wirtschaft und Gemeinwirtschaft Österreichs.
https://media.arbeiterkammer.at/wien/PDF/studien/Ceta_studie_2015.pdf
19.02.2018

Daum, Verena (2016): Ökologisierung des Steuersystems mit positiven Umwelt- und Beschäftigungseffekten. In: Vorarlberger Nachrichten 19.4.2016
<https://www.vn.at/lokal/vorarlberg/2016/04/18/sinnvoll-lenkende-umweltsteuern-bei-gleichzeitiger-entlastung-von-arbeit.vn>
05.01.2018

Die Bibel. Einheitsübersetzung der Heiligen Schrift Gesamtausgabe (2017)

Ebner-Pladerer, Andrea; Elpons, Julia (2016): Ernährung und nachhaltiger Konsum.
www.partizipation.at/916.html
16.03.2017

Eckerstorfer, P., et al. (2013): Bestände und Verteilung der Vermögen in Österreich. Wien: Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik der Kammer für Arbeiter und Angestellte.

Erzbischöfliches Amt für Unterricht und Erziehung (2013): Profil des Religionsunterrichts.
schulamt.at/index.php/religionsunterricht/91-religionsunterricht/129-profil-des-religionsunterrichts#Zur_Situation
06.03.2017

Ericson, Torgeir; Kjønstad, Bjørn Gunaketu; Barstad, Anders (2014): Mindfulness and sustainability. In: Ecological Economics Vol. 104. pp. 73–79.
researchgate.net/publication/262491494_Mindfulness_and_sustainability
24.05.2017

Exner, Andreas (2011): Solidarische Ökonomien statt „Gemeinwohl-Ökonomie“.
<http://www.streifzuege.org/2011/solidarische-oekonomie-statt-gemeinwohl-oekonomie>
05.01.2018

Gartner, Gerald; Hametner, Markus (2016): Alter, Bildung, Geschlecht: Wer wie viel verdient. In: derstandard.at (15.12.2016).

<http://derstandard.at/2000041068013/Wie-viel-Menschen-wie-Sie-verdienen>
06.03.2017

Großegger, Beate (2012): Wo sind die jungen WutbürgerInnen?
jugendkultur.at/wp-content/uploads/Junge-wutbuengerInnen_grossegger_2012.pdf
13.01.2016

Heinzelmaier, Bernhard (2015): Die „panoptische Schule“.
Sind Schule und Pädagogik die Ursache von Konformismus und passivem Nihilismus?
https://www.jugendkultur.at/wp-content/uploads/Panoptische_Schule_Bernhard_Heinzelmaier.pdf
05.10.2016

www.heizenmitoel.at
13.02.2017

Hörmann, Katharina (2013): Partizipation von Kindern und Jugendlichen. Masterarbeit, Universität Graz.
partizipation.at/fileadmin/media_data/Downloads/Forschungsplattform/MA_Hoermann_2013_Beteiligung_von_Jugendlichen.pdf

IMAS (2017): Aktuelle IMAS-Studie: Soziale Marktwirtschaft in Gefahr. Linz: IWS.
http://www.iwsooe.at/uploads/tx_news/_Marktwirtschaft_IMAS_PK_IWS.pdf
05.01.2018

KAB (2014): Den Wandel gestalten: Arbeit & Leben neu denken.
kath-kirche-kaernten.at/images/OEKE-bilder/Beschluss_BUKO_2014_03_15_Taetigkeitsgesellschaft.pdf
29.02.2016

Kainrath, Verena (2016): Praktika: Ein Drittel aller Studierenden arbeitet zum Nulltarif. In: derstandard.at (16.07.2016).
derstandard.at/2000049324006/Ein-Drittel-aller-Studierenden-arbeitet-zum-Nulltarif
06.03.2017

Katholische Jugend Österreich (06/2009): Leitbild der Katholischen Jugend Österreich.

Katholische Jugend Österreich (2012): Faire KJ.

www.katholische-jugend.at/leitbild

16.03.2016

Kleine Zeitung (2015): Senioren zufrieden, Jugend weniger

https://www.kleinezeitung.at/politik/innenpolitik/4685215/Steuerreform_Senioren-zufrieden-Jugend-weniger

14.06.2017

Lexikon der Nachhaltigkeit (2015): Nachhaltiges Wirtschaften.

https://www.nachhaltigkeit.info/artikel/nachhaltiges_wirtschaften_sustainable_business_n_1498.htm

05.01.2018

Lexikon der Nachhaltigkeit (2015): Ökologie Definition/ökologisch; Soziale Nachhaltigkeit.

https://www.nachhaltigkeit.info/artikel/oekologie_1744.htm

https://www.nachhaltigkeit.info/artikel/soziale_nachhaltigkeit_1935.htm

01.03.2017

Minge, Benedikt (2017): Drei Wege zu mehr Nachhaltigkeit.

<http://www.relaio.de/topics/artikeluebersicht/suffizienz-konsistenz-effizienz.html>

03.03.2017

Ministerium für Verkehr, Innovation und Technologie (2011): Verkehr in Zahlen 2011.

https://www.bmvit.gv.at/verkehr/gesamtverkehr/statistik/downloads/viz_2011_kap_3.pdf

29.02.2016

Netzwerk von Christen (2017): Ökosoziale Marktwirtschaft.

<http://www.netzwerkvonchristen.at/wp/oekosoziale-marktwirtschaft/>

05.01.2017

Stadt Wien/Natürlich weniger Mist (2016): Verpackt und zugemüllt! Praktische Tipps zur Abfallvermeidung.

www.wenigermist.at/reduzieren-sie-ihren-verpackungsmuell

03.11.2016

Österreichische Gesellschaft für Umwelt und Technik ÖGUT (2004): Open Space Diskussionsforum: Mitreden beim Verkehr der Zukunft.

<http://www.partizipation.at/188.html>

21.06.2017

Österreichische Hagelversicherung (2016): Heimische Lebensmittel schaffen Arbeitsplätze.

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20161214_OTS0144/heimische-lebensmittel-schaffen-arbeitsplaetze-anhaenge?asbox=box1&asboxpos=1

16.03.2017

Papst Benedikt XVI (2009): Caritas in veritate.

w2.vatican.va/content/benedict-xvi/de/encyclicals/documents/hf_ben-xvi_enc_20090629_caritas-in-veritate.html#_ednref6628

09.2016

Papst Franziskus (2013): Evangelii Gaudium.

w2.vatican.va/content/francesco/de/apost_exhortations/documents/papa-francesco_esortazione-ap_20131124_evangelii-gaudium.html

29.02.2016

Papst Franziskus (2015): Laudato Si´.

w2.vatican.va/content/francesco/de/encyclicals/documents/papa-francesco_20150524_enciclica-laudato-si.html

29.02.2016

Päpstlicher Rat für Gerechtigkeit und Frieden (2006): Kompendium der Soziallehre der Kirche. Freiburg im Breisgau:

Verlag Herder.

Plattform Footprint (2016): Overshoot Day 2016.

footprint.at/Overshoot2016

29.02.2016

Österreichisches Parlament (2014): Wählen mit 16: Wahlbeteiligung der Jugendlichen ging zurück. Parlamentskorrespondenz Nr. 241 (25.03.2014).
parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2014/PK0241/index.shtml
29.02.2016

Riepe, Regina (2014)_ Schluss mit Schmutzig, Unterrichtsmaterialien zu verantwortungsvollem Konsum und Müllvermeidung für die Sekundarstufe I und II
gemeinsam-fuer-afrika.de/wp-content/uploads/2014/04/UM-Sek_Schluss-mit-schmutzig.pdf
6.10.2016

Sator, Andreas (2016): Warum Junge irren, wenn sie mit keiner Pension mehr rechnen. In: derstandard.at (19.08.2016).
<http://derstandard.at/2000043038866/Warum-Junge-irren-wenn-sie-mit-keiner-Pension-mehr-rechnen>
06.03.2017

O.N. (2013): Offis bei Österreichs Jugend am beliebtesten. In: Salzburger Nachrichten (19.09.2013).
salzburg.com/nachrichten/oesterreich/chronik/sn/artikel/oeffis-bei-oesterreichs-jugend-am-beliebtesten-75049
15.12.2016

Schäfer, Torsten (2013): Nachhaltigkeit – einige Gedanken zu Begriff und Bedeutung.
alumniportal-deutschland.org/global-goals/agenda-2030/nachhaltigkeit
24.05.2017

Schneider, Friedrich (2017): Abgabenbetrug sorgt für Schäden in Milliarden-Höhe. In: Salzburger Nachrichten 20.2.2017
<https://www.sn.at/wirtschaft/oesterreich/abgabenbetrug-sorgt-fuer-schaeden-in-milliarden-hoehe-73645>
01.03.2018

Seibel, Karsten (2017): Die bittere Wahrheit über Klima-Investments. In: [Welt.de](http://welt.de) 01.06.2017
<https://www.welt.de/finanzen/geldanlage/article165169160/Die-bittere-Wahrheit-ueber-Klima-Investments.html>
02.01.2018

Statistik Austria (2015): Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung.
statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/soziales/gender-statistik/armutsgefaehrung/index.html
21.03.2016

Statistik Austria (2016a): Kraftfahrzeuge Bestand 2016.
statistik.at/web_de/statistiken/energie_umwelt_innovation_mobilitaet/verkehr/strasse/kraftfahrzeuge_-_bestand/index.html
03.03.2017

Statistik Austria (2016b): Versorgungsbilanz für Fleisch nach Arten 2010 bis 2015.
www.tinyurl.com/kgnmjqh
21.03.2017

Tully, Claus; Krug, Wolfgang (2011): Konsum im Jugendalter. Umweltfaktoren, Nachhaltigkeit, Kommerzialisierung. Schwalbach/Ts: Wochenschau-Verlag

Zauner Karin (2013): „Du bist billiger als der Strom“. In: Salzburger Nachrichten (28.11.2013)
plattformgenerationpraktikum.files.wordpress.com/2013/08/sn-do-28-11-2013.pdf
16.03.2016

Umweltbundesamt (2014): Klimaschutzbericht 2014.
umweltbundesamt.at/fileadmin/site/publikationen/REP0491.pdf
29.02.2016

Umweltbundesamt (2015): Täglich verliert Österreich 20 Hektar an Boden.
umweltbundesamt.at/aktuell/presse/lastnews/news2013/news_130617/
29.02.2016

Umweltbundesamt (2010): Klimarelevanz ausgewählter Recycling-Prozesse in Österreich. Endbericht.
umweltbundesamt.at/fileadmin/site/publikationen/REP0303.pdf
03.03.2017

Verband der öffentlichen Wirtschaft und Gemeinwirtschaft Österreichs (2015)
<http://www.voewg.at/ueber-uns/>
05.01.2018

Verkehrsclub Österreich VCÖ (2017): Jede 5. Autofahrt in Österreich ist kürzer als zweieinhalb Kilometer
vcoe.at/news/details/vcoe-jede-5-autofahrt-in-oesterreich-ist-kuerzer-als-zweieinhalb-kilometer
01.03.2017

Welthaus Diözese Gurk-Klagenfurt (2014): Die Zeit ist reif für Ernährungssouveränität.
kath-kirche-kaernten.at/dioezese/orgdetail/C3746/die_zeit_ist_reif_fuer_ernaehrungssouveraenitaet
23.03.2017

Wieser, Christina/Oberrauter, Markus (2014): Vorstandsvergütung in den ATX-Unternehmen. Wien: Arbeiterkammer
http://media.arbeiterkammer.at/PDF/Vorstandsgehaelter_ATX_Unternehmen_2011-2013.pdf
16.02.2018

Welthungerhilfe (2015): SDGS: Ziele für eine nachhaltige Entwicklung.
welthungerhilfe.de/nachhaltigkeitsziele.html
06.04.2017